Elektronischer Rundbrief Nr. 84/2026 vom 18.06.2016

Aufruf: Sozialer Angriff von oben braucht Widerstand von unten!
Diskutieren, Organisieren, Auf die Straße !

Verschärfte Sanktionen im Erwerbslosenrecht (SGB II) seit dem 22. April 2026, weitere Verschärfungen sfür den 1. Juli, alle abgenickt von der Regierungskoalition. Und das war erst der Anfang.
Erinnern wir uns: Mit der „Agenda 2010“ in den Jahren 1999-2005 gelang es weiten Teilen der Politik unter „Rot-Grün“ und der Wirtschaft, grundlegende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialsystem durchzusetzen.

Denken wir an die Ausweitung der Leiharbeit und der Scheinselbständigkeit, „Hartz I-IV“, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Neustrukturierung der Sozialhilfe, die massive Einführung privater Arbeitsvermittlung.. An die Einführung massiver Sanktionen,und verschärfter Zuzahlungen bei Krankheit. Kürzungen bei der Pflege ergänzten dann das Programm. Kurze Zeit später trat dann die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre mehr in Kraft.

Trotz oftmals großer Widerstandsaktionen von Erwerbslosen sowie weiteren Verbündeten, insbesondere im Osten Deutschlands, konnte eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie eine Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme nicht verhindert werden. Die gesellschaftlichen Kämpfe endeten leider mit einer Niederlage und der Einführung der Gesetze.

Das gewollte Resultat der damaligen Veränderungen lässt sich heute in Form von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie verstärkter gesellschaftlicher Armut erkennen. Zwanzig Jahre später hat sich das kapitalistische System längst wieder neu formiert.

Der gegenwärtige Kapitalismus reorganisiert mit neuen Technologien und Finanztechniken die ganze gesellschaftliche Reproduktion. Kapitalistische Herrschaft wurde zur maßgeblichen Macht über Infrastruktur und Lebensweisen, mit verschärfter staatlicher Austerität und Repression - eine exzessive gesellschaftliche Ungleichheit wird gefördert.

Relativ stabile Klassenpositionen veränderten sich hin zu dynamischen, prekären und oft konfliktgeladenen Klassenlagen, bei gleichzeitiger Abgrenzung nach „unten“, gegenüber Armen, Prekären, Geflüchteten. Dies alles ist gepaart mit einem autoritären Regime und Repression gerade gegen soziale Bewegungen.

Zugleich wirkt sich auch die von den Herrschenden ausgerufene „Zeitenwende“ als Ära der Aufrüstung auf die Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung aus. Wenn der Kriegsetat im Bundeshaushalt steigt, sinkt das Sozialbudget. Oder wie es Clemens Fuest vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ausdrückte: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter:“ Aber wie nimmt man der Bevölkerung die Butter vom Brot ?

Unter dem immer wieder gern gebrauchten Vorwand, den Sozialstaat, insbesondere steuerfinanzierte Sozialleistungen, angeblich effizienter und bürger*innenfreundlicher zu gestalten, werden so genannte Reformen angemahnt und schließlich durchgesetzt, die in den meisten Fällen eine intensive Umverteilung von unten nach oben umfassen.

Wie so oft laufen schon die Angriffe zuerst gegen Asylbewerber*innen, Erwerbslose und Sozialhilfebezieher*innen: Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete, eine neue Grundsicherung mit verschärften Sanktionsregelungen und eingeschränkten Wohnkostenübernahmen. Als letztes kommt dann vielleicht noch die Senkung des Regelsatzes ?

Weitere soziale Gruppen folgen, wie es sich an den Kürzungsplänen beim Wohngeld sehen läßt, beim BAföG, in der Kinder- und Jugendhilfe, bei Behinderten in der Eingliederungshilfe. Schließlich geht es an die Kranken- und Pflegeversicherung, die Rentenversicherung, die nur noch als Basisabsicherung dienen soll, bis zum Angriff auf den Acht-Stunden Tag (wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit).

Der Sozialstaat erscheint in der politisch-medialen Diskussion als reiner Kostenfaktor, nicht finanzierbar und damit reif für weiteren Abbau.
Gleichzeitig ist Protest bisher kaum spürbar. Alte politische Zusammenhänge sind teilweise zerbröselt oder wirkungslos. Begriffe und Analysen über das, was passiert ist, greifen nicht mehr, während gleichzeitig einfache Erklärungen rechter Kreise durchaus wirkmächtig sind.
Wir müssen uns somit neu sortieren und vor Ort Treffen organisieren, um mit den betroffenen sozialen Gruppen und deren Unterstützer*innen den sozialen Widerstand aufzubauen. Wir sehen solche Treffen als eine Möglichkeit, die aktuelle Lage zu erfassen, Spaltungslinien innerhalb der unterdrückten Klassen zu identifizieren und deren teilweise Hinwendung zu rechtsradikalen Gruppen zu verstehen und ihnen kontra zu geben. Durch diese Diskussionsprozesse ließen sich schließlich auch konkrete Aktionen planen und mögliche bundesweite Treffen vorbereiten.
Organisieren wir uns und protestieren wir für unsere eigenen Interessen - trotz alledem !

Dies ist ein Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekär/BAG Prekär, eines Zusammenschlusses von einigen unabhängigen Erwerbsloseni-Initiativen und dessen Unterstützer*innen.